



WIE SICH DEUTSCHLANDVERÄCHTER DENIZ YÜCEL DIE LEIPZIG-RANDALE ZURECHTLEGT

Connewitz: Polizei hält Linken Gewalttätern beide Wangen hin

Von LUP0 | Eine Horde gewalttätiger Linksfaschisten hat in Leipzig-Connewitz 13 Polizisten verletzt, Presse und Passanten attackiert, Autos wurden demoliert, schwere Sachbeschädigungen an Geschäften ([PI-NEWS berichtete](#)). Soweit, so üblich mittlerweile in Deutschland. Neu ist ein Relotius-2.0-Stil, wie z.B. in der WeLT (hinter Bezahlschranke) über die linksextreme Randalie berichtet wird. Neu ist auch die Bergpredigt-Taktik der Leipziger Polizei, die andere Wange hinzuhalten, wenn`s klatscht, um nur nicht negativ aufzufallen.

[Die WeLT](#) hatte ihren Starreporter [Deniz Yücel](#) in das Leipziger Aufmarschgebiet geschickt, jenen Deutschlandverächter, der sich nach vielen Monaten des Abtauchens offenbar wieder von seinem vergleichsweisen kurzem [Aufenthalt in Erdogans Händen](#) erholt hat und nun die Leser des Springerblattes desinformieren darf. Das heißt: „desinformieren“ trifft nicht ganz, wie man eine Not- und Zwecklüge noch keine

sanktionsfähige, „richtige“ Lüge nennen kann.

Der zum „Korrespondenten“ geadelte Yücel legt sich die Dinge im Leipziger Front-Bericht „nur“ passend zurecht, wie es sein berühmt-berüchtigter Kollege und gefeuerter Spiegel-Mitarbeiter Claas Relotius getan hat. Relotius wurde allerdings beim Fakten-Fiktion-Gemenge erwischt. So dumm ist Yücel nicht. Er nennt Fakten, nur meistens nicht beim Namen. Im selben Stil könnte man z.B. einen bürgerkriegsähnlichen Aufmarsch wie in Leipzig auch als eine „Veranstaltung zur demokratischen Selbsterfahrung“ umschreiben.

Schön-gefährliche Bengalos

Gefährliche Aktionen wie vermummte Angriffe mit Pflastersteinen, Pyrotechnik und Farbbeuteln auf Polizeibeamte lesen sich bei Yücel wie Feuerwerk beim chinesischen Neujahrfest:

Das grellrote Licht der Bengalos und die blauen und weißen Nebelschwaden aus den Rauchtöpfen sorgen für Bilder, die man für schön-gefährlich oder schlimm-gefährlich halten kann. Wirklich gefährlich sind sie nicht.

Autos und Geschäfte gehen zu Bruch. Bei Yücel heißt es: „Auch eine Pizzeria und ein Supermarkt geraten in Mitleidenschaft“. Und ganz nebenbei: „Einige parkende Autos und eine Straßenbahnhaltestelle werden demoliert.“

Der Anlass der Randalen gerät bei Yücel zur Nebensache, bekommt aber ausführlich Platz zur Selbstdarstellung. Der Hetzblog für gewaltbereite Linksfaschisten „Linksunten.Indymedia“ soll verboten werden. Der WeLT-Korrespondent berichtet verharmlosend, es gehe zwar um „strafrechtlich relevante Inhalte“. Jedoch habe es sich nur um einen „kleinen Bruchteil“ der rund 200.000 Beiträge gehandelt, wird Linke-Abgeordnete Juliane Nagel zitiert.

Polizeiführung eingeschüchtert

In Leipzig sind zur Verteidigung des „Bürgerjournalismus“ 1.600 Personen angereist, die gewaltbereite Randalen in Kauf nehmen, aber von einer deeskalierenden Polizei empfangen werden. Die Polizeiführung ist offensichtlich völlig eingeschüchtert (worden), nachdem sie bei den Silvester-Ausschreitungen in der linken Hochburg Connewitz „Haltung“ gezeigt hatte, was in Merkel-Deutschland aber nur ab Mittel-links geschätzt und geduldet wird. Sogar die vereinigten Leipziger OB-Kandidaten von CDU, PPD, Grünen und Linke fielen den Ordnungshütern in den Rücken mit einem perfiden Aufruf zur [„friedlichen Demonstrationskultur“](#).

Der WeLT-Korrespondent Yücel spart nicht mit vergiftetem Lob, wenn sich die kleinen Beamten – befehligt von einer Führungsspitze, die aus der Distanz handelt – zum Affen machen müssen: Die Polizei Leipzig habe ihr gewollt deeskalierendes Konzept „noch durchgezogen, als Steine und Böller fliegen.“ Von ihr sei diesmal keine Gewalt ausgegangen.

Pressevertreter mitten unter gewalttätigen Linksfaschisten

Das sah dann so aus, von Yücel, der sich offenbar mit anderen Reportern an der Tete des Randalenzuges befand, wohlgefällig beobachtet:

- *„Von den rund 1.000 Einsatzkräften aus fünf Bundesländern, den Spezialkräften, Wasserwerfern und dem Räumgerät ist nichts zu sehen. Stattdessen sind mehrere Kommunikations- und Social-Media-Teams vor Ort“.*
- *„Als sich Teilnehmer verhüllen, legt die Polizei dies als Kälteschutz aus – und nicht etwa als Vermummung.“*
- *„Erst als an der Grenze zwischen Südvorstadt und Connewitz die ersten Böller fliegen, ruft sie dazu auf, Vermummung und Pyrotechnik zu unterlassen. Drei weitere Durchsagen folgen. Doch die Demonstranten pfeifen und*

johlen nur – und zünden noch mehr Pyrotechnik“

- *„Als ein Trupp von 15 bis 20 Beamten neben der Demonstration auftaucht, wird er sofort aus der Mitte des Zuges mit Feuerwerkskörpern, Steinen und Farbbeuteln angegriffen. Die Beamten flüchten in eine Seitenstraße.“*
- *Andere Szene: „Auf die Mannschaftswagen prasselt ein Steinhagel nieder, die im hohen Tempo wenden und zurückfahren müssen.“*

Dann schreibt Yücel:

„Doch jetzt hat die Einsatzleitung genug. Der Zug wird gestoppt; Einsatzkräfte stürmen auf die Kreuzung und jagen einen Keil zwischen die Demonstration. Der mittlere und hintere Teil des Zuges, aus dem der Angriff erfolgte, wird auseinandergetrieben, der vordere Teil bleibt stehen und wird gemeinsam mit den Pressevertretern weiträumig abgeriegelt. Die Demonstration ist jetzt offiziell aufgelöst. [...] Die rund 300 Leute, die übrig geblieben sind, die vormalige Demospitze, sehen zwar militant aus, aber sie haben sich an den Angriffen nicht beteiligt..“

.., weiß der WeLT-Schreiber. Warum marschiert er dann Seite an Seite in einem Zug mit gewalttätigen Linksfaschisten?

Preis der Deeskalation: 13 verletzte Beamte

Laut Yücel tritt nun ein Zwei-Meter-Hüne vom Ordnungsamt Leipzig in Aktion und wird zum wahren Helden des Abends. Der Streetworker verhandelt mit den Randalierern. Man einigt sich auf eine weitere „Spontandemonstration“. Die Polizeiführung ist daran nicht direkt beteiligt und beobachtet das Geschehen aus der Distanz. Dafür bekommt sie von Yücel zwischen den Zeilen Lob: „Und noch immer ist sie darum bemüht, einen Gewaltexzess zu vermeiden, selbst wenn es jetzt nur noch um Schadensbegrenzung geht.“

Ende gut, alles gut? Die vorläufige Bilanz: 13 verletzte Beamte, sechs Festnahmen. Attacken auf Passanten und Pressevertreter, demolierte Geschäfte und Autos. Die Deeskalations-Strategie der Leipziger Polizei hat demnach nicht funktioniert. Zurück bleibt auch ein verunsichertes Bürgertum, das erkennen muss: Die Bekämpfung von linksextremer Gewalt ist offensichtlich in erster Linie keine Frage des Rechts, sondern eine Frage der Taktik und hat deeskalierend mit Samthandschuhen zu erfolgen. Der einfache Polizist muss dafür beide Wangen hinhalten und sich zum Affen machen lassen. „Haltung zeigen“ ist in diesem Falle unerwünscht. So liest es sich bei Deniz Yücel in der Welt.



E-Autos als Streifenwagen – die Bilanz eines Reinfalls

Von EUGEN PRINZ | Im September 2015 wurde bei der bayerischen Polizei ein neues Zeitalter eingeläutet: Die Ära der Elektromobilität nahm seinen Anfang. Das E-Auto BMW i3 sollte in einer Testphase seine Tauglichkeit als Streifenwagen beweisen. Die zehn Präsidien im Freistaat bekamen jeweils ein Exemplar im Wert von je 37.000 Euro. Das Ergebnis des Praxistests schien bereits vorher festzustehen:

„Ich glaube, dass der Test erfolgreich sein wird“

... [sagte damals](#) Mittelfrankens Polizeipräsident Johann Rast und dachte schon während der Präsentation laut über die Beschaffung weiterer solcher E-Autos nach. In die selbe Kerbe schlug der bayerische Innenminister Joachim Herrmann:

„Der BMW i3 ist die ideale Unterstützung für die Arbeit unserer Polizei, vor allem im innerstädtischen Einsatzgebiet. Wir sind gespannt, wie sich das innovative und umweltfreundliche Fahrzeugkonzept im harten Polizeialltag bewährt.“

Innenminister Herrmann musste über vier Jahre mit dieser schier unerträglichen Spannung leben, bis jetzt endlich das Resultat bekannt gegeben wurde.

Niederschmetterndes Testergebnis

Um das [Fazit](#) gleich vorweg zu nehmen: Die Elektro-Streifenwagen taugen allenfalls dazu, die Demonstrationszüge der freitäglichen Schulschwänzer als Führungsfahrzeug im Schritttempo zu begleiten oder die Beamten, die als Verkehrserzieher tätig sind, zur Schule zu bringen. Für alle anderen Einsatzgebiete kann man die uniformierten E-Autos vergessen.

Die Liste der Defizite ist lang:

Da ist als erstes die Reichweite. Anfangs war bei dem standardmäßig verbauten 20 KW Akku schon nach 160 Kilometern Schluss. Inzwischen wurden die Fahrzeuge mit 40 KW Akkus ausgerüstet, die (in der Theorie) eine Reichweite bis zu 350 Kilometer ermöglichen sollen. Tun sie aber nicht, vor allem nicht im Winter und bei eingeschaltetem Funk, wie Polizisten hinter vorgehaltener Hand berichten. Also: Heizung und Funk ausschalten, damit man den Rückweg zur Dienststelle noch schafft.

Zudem ist die Nutzlast zu gering und das Fahrzeug bietet zu

wenig Stauraum für die persönliche Schutzausrüstung der Beamten. Auch für Festgenommene ist kaum Platz. Und trotz der 170 PS unter der Haube schaffen die Fahrzeuge gerade mal 150 km/h Spitze.

Es hat sich eingebürgert, dass die BMW i3 untertags gefahren und nachts aufgeladen werden. Ladezeit: Sechs bis acht Stunden. Vergisst ein Beamter mal, das Ding anzustecken (was gelegentlich vorgekommen sein soll), ist das Fahrzeug bis zu acht Stunden nicht einsatzfähig.

Zu guter Letzt: Die „E-Streifenwägen“ sind nicht vollgasfest. Bei mehrfach aufeinander folgenden starken Beschleunigungen regelt die Leistungselektronik die Beschleunigung herunter, damit der Akku keinen Schaden nimmt. Also genau das, was ein Streifenwagen, insbesondere bei einer „Blaulichtfahrt“, braucht.

Kein Wunder, dass nun die Töne aus dem bayerischen Innenministerium leiser geworden sind und nicht mehr der Minister selbst, sondern der stellvertretende Sprecher der Behörde das niederschmetternde Fazit verkünden musste:

„Die Erfahrungen mit uniformierten BMW i3 haben gezeigt, dass Elektrofahrzeuge wie der BMW i3 nicht als Standardstreifenwagen geeignet sind.“

(Michael Siefener, stellvertretender Sprecher des Innenministeriums)

Auch der Tesla kann es nicht richten

Wer nun glaubt, dass es einfach nur daran liegt, dass sich die bayerische Polizei keine teuren Teslas geleistet hat, der irrt: Im vergangenen September mussten Polizisten in den USA eine Verfolgungsjagd abbrechen, weil ihr Tesla nicht mehr genug Saft hatte. Ein Benziner sprang ein und setzte die Verfolgung fort.

Kommentar:

Ein weiteres Mal wird deutlich, dass es sich bei dieser Technologie um eine Sackgasse handelt. Die Fahrzeuge sind viel zu teuer, wenig leistungsfähig, unpraktisch und in der Batterie-Herstellung enorm umweltschädlich. Dennoch können wir uns darauf verlassen, dass uns der Verbrennungsmotor genommen und jenen, die es sich leisten können,

E-Autos mit Gewalt aufgezwungen werden. Wer dieses Geld nicht hat, geht künftig zu Fuß. Dieser von oben verordnete Strukturwandel bar jeglicher Vernunft geschieht aus ideologischen, aber auch aus machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen. Und so müssen die Deutschen nach der immer noch fortbestehenden Euro- und der Flüchtlingskrise einen weiteren Tiefschlag einstecken, der unter der harmlosen Bezeichnung „Green Deal“ unser Leben in den Grundfesten erschüttern wird.

Es bleibt die Hoffnung, dass es demnächst an der Wahlurne einen Befreiungsschlag gibt. Denn lange dauert es nicht mehr, bis es richtig weh tut. Und dann wacht der Schlafmichel (hoffentlich) auf.



[Eugen Prinz](#) im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» [Twitter Account des Autors.](#)



Neubrandenburg: Syrer versucht Polizisten abzustechen

Am Montagabend versuchte ein syrischer Staatsbürger einen 34-jähriger Polizisten im Neubrandenburger Polizeihauptrevier mit einem Messer anzugreifen.

Laut [Polizeibericht](#) habe sich der Beamte im Vorraum des Reviers aufgehalten, als es gegen 19.45 Uhr an der Eingangstür klingelte. Der Polizist öffnete die Tür, der 23-jährige Angreifer habe plötzlich ein Messer gezückt und damit nach dem Beamten gestochen. Der konnte dem Stich gerade noch ausweichen und die Tür rasch wieder schließen.

Danach verwickelte er den Täter in ein Gespräch und Kollegen, die sich vom Hof aus der Szene näherten, konnten den Syrer festnehmen, heißt es.

Später stellte sich heraus, dass der VIP-Gast der Kanzlerin aus einer Psychiatrie geflohen war, wo er nach gerichtlicher Entscheidung untergebracht gewesen war. Das lässt darauf schließen, dass er schon mindestens einmal polizeilich in Erscheinung getreten war.

Unsere Gerichte entscheiden sich bekanntlich gerne dafür, die importierten Gewalttäter in Kliniken statt in Gefängnisse zu

stecken, wo die Sicherheitsvorkehrungen offenbar viel zu lasch sind. Da wundert es nicht, wenn der Messermann dann vor der Tür steht.

Der Täter wurde übrigens wieder nicht in Haft genommen, sondern in eine Klinik gebracht.



Polizei senkt Anforderungen: Rechtschreibung weniger wichtig

Von MANFRED ROUHS | Die Bundespolizei geht mit der Zeit. In einem Land, das zunehmend multi-kulturell wird und verblödet, sieht sie sich gezwungen, die Anforderungen an ihre Bewerber anzupassen – und zwar nach unten. Wer in die Truppe aufgenommen werden will, muss künftig weniger sportlicher sein und darf dafür im Deutschtest mehr Fehler machen.

Viele Fehler. [Jedes siebte Wort darf er versemeln.](#) Das ist richtig übel. In einem Diktat mit 180 Wörtern, also etwa einer halben DIN-A4-Seite, sind jetzt 20 bis 24 Ausrutscher erlaubt.

An wen adressiert sich diese Veränderung der Einstellungsvoraussetzungen? An Schmitz und Müller? Oder an Ali und Mustafa?

Bislang scheiterte jeder fünfte Polizeibewerber am Deutschtest. Offenbar steht nicht nur die Bildungselite Schlange, um Uniform tragen und auf der Straße für Sicherheit sorgen zu dürfen.

Arabische Clans [unterwandern](#) zunehmend nicht nur, aber auch die Polizei. Spektakuläre Raubzüge wie der Diebstahl einer 100 kg schweren Goldmünze aus dem Berliner Bode-Museum sind ohne Insiderinformationen nicht möglich. Der Deutschtest war bislang für viele Clanmitglieder eine schwer zu überwindende Hürde.

Mit ihren veränderten Anforderungen an Polizeianwärter lässt die Ordnungsmacht den Feind in die Burg. Und sie tut sich imagemäßig keinen Gefallen. Wer hat Respekt vor einem Uniformträger, der 20 oder mehr Schreibfehler auf einer halben DIN-A4-Seite hinbekommt? Probieren Sie das mal selber aus: Es ist gar nicht so einfach...



Polizei schrumpft
Massenschlägerei zu
Massenzeugenschaft

Von REALSATIRE | „Liebling, ich habe die Kinder geschrumpft“, heißt eine Science-fiction-Filmkomödie von 1989. Die Polizei Hildesheim kann das jetzt im Prinzip auch. Sie schrumpfte eine

kurdische Massenschlägerei mit 40 Personen zu einer „Massenzeugenschaft“.

Wie das geht? Ganz einfach! Von den 40 Tatbeteiligten, die laut Polizeibericht am vergangenen Samstag vor einem Dönerladen an einer Massenschlägerei beteiligt waren und sich mit Messern aus dem Küchenregal bekämpften (einige Verletzte mussten ins Krankenhaus), waren die meisten nur Zuschauer, stellt die Polizei nun plötzlich fest. Nach Adam Riese gab es demnach „nur“ noch sechs Tatbeteiligte, aber 34 (!) Zeugen. Merkwürdig nur, dass die Polizei kurz nach der Schlägerei händeringend noch nach weiteren Zeugen gesucht hatte. Egal, passt schon irgendwie.

Unterm Dönerstrich bleiben sechs der Polizei bekannte kurdische Täter und Opfer, die sich gegenseitig der verletzten Ehre bezichtigen. Der Massenansturm von „Zeugen“ soll versucht haben, die „Streithähne“ auseinander zu bringen. Die Prügler und Messerstecher im Alter zwischen 20 und 45 Jahren aus Hildesheim und Celle sollen beim Kartenspiel im Keller des Dönerladens aneinander geraten sein und u.a. ihre Mütter beleidigt haben. Während sich oben die Dönerspieße drehten, ging es im Keller mit Messern aus dem Küchenregal rund.

Der Streit verlagerte sich nach draußen und führte zu öffentlichem Aufruhr, das heißt, zu aktivem Eingreifen von 34 hilfsbereiten Zeugen, die Schlimmeres in der geplanten Europäischen Kulturhauptstadt 2015 Hildesheim verhindern wollten. Das ist echter Bürgersinn im Hildesheimer Bahnhofsviertel.

Da die Polizei gegen das Messer-Sextett u.a. wegen gefährlicher Körperverletzung und Besitz eines „verbotenen Gegenstandes“ ermittelt, dürfte es ein Gerichtsverfahren geben, das vermutlich wie das Hornberger, sorry, Hildesheimer Schießen ausgehen dürfte.



Züricher Polizei muss bald nicht mehr verschleiern

Von MANFRED ROUHS | Nicht nur, aber auch in der Züricher Kriminalstatistik sind Ausländer überrepräsentiert. Das macht sich nicht gut in der öffentlichen Wahrnehmung der Welt, wie sie die Gut- und Bessermenschen wünschen. Und es rückt die Polizei in die Rolle derer, die irgendwie ständig „gegen Ausländer“ vorgehen.

Aus dieser Rolle wollte offenbar der Züricher Polizeivorsteher und links-alternative Stadtrat Richard Wolff (Alternative Liste) die Polizei seiner Heimatstadt herausnehmen und verfügte deshalb im November 2017 ein Verbot für die Stadtpolizei, die Herkunft von Straftätern in öffentlichen Stellungnahmen mitzuteilen.

[Dieses Verbot ist jetzt gefallen.](#) Die SVP des Kantons Zürich hatte dagegen eine Volksinitiative gestartet, die halb erfolgreich war. Der Züricher Kantonsrat stimmte einer Regelung zu, die vorsieht, dass die Polizei ab sofort Nationalität, Alter und Geschlecht eines Tatverdächtigen nennen darf – nicht aber einen eventuellen Migrationshintergrund einer eingebürgerten Person. Dagegen kann die SVP eine Volksabstimmung auf den Weg bringen, denn genau diese Benennung hatte die Partei in ihrer Initiative mit eingefordert.

Das ist ihr auch anzuraten. Denn die Öffentlichkeit hat ein Recht auf die ganze, ungefilterte, oft grausame Wahrheit. Und wo es so weit ist, dass Politiker auf Verschleierung setzen müssen, um ihre Ideologie durchsetzen zu können, sind die Würfel bereits gefallen:

Verzögern können sie noch, und jedes weitere Jahr schadet, aber politische Konzepte, die ohne Lebenslügen nicht bestehen können, sind zum Untergang verdammt. Immer und überall auf der Welt und also auch in Zürich.



Schnelles Ende einer Terrorattacke in Gelsenkirchen: Allahu Akbar! Peng, tot!

Von EUGEN PRINZ | Wir müssen der Wahrheit ins Auge sehen: Dank der grob fahrlässigen und gegenüber der indigenen Bevölkerung rücksichtslosen Migrationspolitik, sind von verblendeten Anhängern des Islams verübte Terroranschläge unter Verwendung einfachster Mittel, inzwischen Bestandteil der Lebenswirklichkeit der westlichen Welt.

Würde jede Attacke ein solches Ende nehmen, wie die in Gelsenkirchen am gestrigen Sonntag, gegen 19.40 Uhr, könnten

wir von Glück reden.

Lob an Allah wird nun persönlich überbracht

Vor der Polizeiwache Süd in Gelsenkirchen hielten sich zur Tatzeit gerade zwei Polizeibeamte bei ihrem dort abgestellten Streifenwagen auf, als ein Mann auf sie zuing, der in der einen Hand einen Stock und in der anderen ein Messer hielt. Als er auf Höhe des Streifenwagens war, schlug er mit dem Stock auf das Fahrzeug, während er sich weiter den Beamten näherte. Sie forderten ihn auf, stehen zu bleiben, doch er ging mit Stock und Messer weiter auf sie zu. Dabei rief er „Allahu akbar“ (arabisch: Gott ist am größten).

Da es nicht ratsam war, das gezückte Messer in der Hand des Anhängers der Religion des Friedens länger zu ignorieren, sorgte einer der beiden Beamten, ein 23-jähriger Kommissarsanwärter, mit einem tödlichen Schuss aus seiner 9mm-Dienstpistole dafür, dass der Angreifer seinem Gott das Lob gleich persönlich überbringen konnte.

Die Ermittlungen laufen auf Hochtouren

Nach ersten Erkenntnissen handelte es sich bei dem mutmaßlichen Terroristen um einen 37-jährigen Türken. Nähere Details zu dem in Notwehr erschossenen Täter werden von der Polizei Münster, der als sogenannte „Megabehörde“ zuständigkeitshalber die Einsatzleitung obliegt, heute im Laufe des Vormittags bekannt gegeben.

Ob der Angreifer bereits als Islamist oder Extremist bekannt war, ist derzeit noch nicht fest. Auch ob bei dem Mann möglicherweise eine psychische Erkrankung vorgelegen hat, ist noch ungeklärt. Aufgrund der „Allahu-akbar-Rufe“ kann laut Lagepapier „ein Bezug zum islamistischen Terrorismus nicht ausgeschlossen werden“.

PI-NEWS wird Sie auf dem Laufenden halten.

Déjà-vu

Es ist kein Wunder, dass die Gelsenkirchener Polizeibeamten vorsichtig geworden sind. Im Februar 2016 hatte die 15-jährige IS-Anhängerin Safia S. zwei Beamte am Hauptbahnhof mit einem [Messer angegriffen](#), ein Polizist wurde dabei lebensgefährlich verletzt.



[Eugen Prinz](#) im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» [Twitter Account des Autors.](#)



**Hamburger Polizei nennt
Nationalität von**

Tatverdächtigen

Im Falle der niedergestochenen Frau im U-Bahnhof Kiwittsmoor im Hamburger Norden ([PI-NEWS berichtete](#)) tat sich die Polizei schwer, Einzelheiten zu den Täter-„Männern“ zu veröffentlichen. Dass es auch anders geht, zeigt die Hamburger Polizei am Beispiel von [politischen Schmierereien](#) um den Jahreswechsel herum:

Von den sieben Verdächtigen wurden nicht nur das Geschlecht und das Alter, sondern auch die Nationalitäten benannt, sechs Männer, eine Frau, sechs Deutsche, ein Schweizer:

Ein Zeuge teilte der Polizei mit, dass aus einer Gruppe augenscheinlicher Jugendlicher heraus mehrere Sachbeschädigungen durch Graffiti begangen worden waren. Im Rahmen der Sofortfahndung konnten vier junge Männer (17, 18, 18, 20) mit entsprechenden Farbanhaftungen an den Händen und an der Kleidung angetroffen und vorläufig festgenommen werden.

Bei der näheren Überprüfung des Umfeldes stellten die Beamten an mehreren Hauswänden und Fenstern frische Graffiti mit politischen Inhalten fest (u.a. „Yuppischweine raus dem Viertel, ACAB oder das Hammer und Sichel-Symbol“)

*Die **vier Deutschen** wurden erkennungsdienstlich behandelt und nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen mangels Haftgründen wieder entlassen. [...]*

Zu drei weiteren Festnahmen nach politisch motivierter Sachbeschädigung durch Graffiti ist es in der Silvesternacht in Hamburg-Altona-Altstadt gekommen.

Auch hier meldeten Zeugen, dass zwei Männer und eine Frau mehrere Hauswände und auch Pkw in der Bernstorffstraße und in der Thadenstraße besprühten.

*Die sodann eingesetzten Polizeikräften konnten in Tatortnähe einen **27-jährigen Schweizer** und einen **34-jährigen Deutschen** vorläufig festnehmen. Sie führten Spraydosen und Handschuhe mit sich, die sichergestellt wurden.*

An insgesamt zehn Häuserwänden und zwei Pkw wurden verschiedene Graffitis festgestellt (u.a. "Anarchy, eingekreistes A, Knäste zu Baulücken").

*Die zwei Männer wurden zum Polizeikommissariat 16 gebracht, wo kurze Zeit später **eine 27-jährige Deutsche** erschien, die sich nach ihrem Lebensgefährten erkundigen wollte. Die Frau konnte vor Ort als mutmaßliche Mittäterin identifiziert werden und wurde ebenfalls vorläufig festgenommen. [Hervorhebungen durch PI-NEWS.]*

Selbstverständlich begrüßen wir die Nennung der Nationalität der (deutschen) Täter und lehnen die fadenscheinige Begründung ab, die Taten hätten mit Nationalität nichts zu tun. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Wenn Narrenhände Wände beschmieren und damit beträchtlichen volkswirtschaftlichen Schaden anrichten, dann sind das eben häufiger Verblendete aus Deutschland oder aus anderen westeuropäischen Staaten. Das kann man aber nur erkennen, wenn die Nationalität genannt wird.

Es ist für uns wichtig, dies zu wissen, damit wir den Irrsinn unserer eigenen Landsleute mit Erziehung begegnen können; darum soll die Nationalität genannt werden.

Ebenso ist es wichtig, die Nationalität von Messerstechern zu nennen. Sollte dabei herauskommen, dass die statistische Verteilung bei indigenen Deutschen und Pass-Deutschen sowie Ausländern im Verhältnis gleich ist, dann kann man den Faktor des kulturellen / nationalen Hintergrundes ausschließen.

Sollte sich aber zeigen, zum Beispiel, dass eine Sozialisation in einem islamischen Land immer wieder korreliert mit einer größeren Häufigkeit von Messerstechereien, dann muss man

unbefangen und unverblendet nachforschen, wie es genau um die Gründe bestellt ist.

Deshalb sollten Herkunft und Sozialisation nicht nur bei Sprayern aus Deutschland, sondern auch bei Messerstechern aus dem islamischen „Kulturkreis“ klar und eindeutig genannt werden!



Sachsens neue Justizministerin: „Advent, Advent, ein Bulle brennt!“

Von JOHANNES DANIELS | „Biedermann und die Brandstifter*Innen“ live und in rotgrüner Farbe in der neuen sächsischen Landesregierung! Während der „Kenia-Koalitions“-Cuckservative Ministerpräsident Michael Kretschmer nach den feigen AntiFa-Mordanschlägen auf Polizisten in Leipzig-Connewitz, bei denen ein Polizist lebensgefährlich und drei weitere Beamte schwer verletzt wurden ([PI-NEWS berichtete](#) ausführlich), beflissentlich twitterte:

„Die Ausschreitungen in #Leipzig sind abscheulich. Es ist schockierend, wie Chaoten ein Neujahrsfest in Hass & Gewalt eskalieren lassen. Unsere Gedanken sind bei den Einsatzkräften, die hier Opfer von linkem Terror wurden. Die Täter müssen die ganze Härte des Rechtsstaates spüren“,

lachte sich seine neue „Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung“, Katja Meier, 40, ins Fäustchen, denn die von ihr seit Jahren verherrlichte Saat der Gewalt gegen den Rechtsstaat geht zunehmend auf. Die „Politikwissenschaftlerin“ war in den 90er-Jahren Mitglied der linksradikalen Zwickauer Punkband „Die Harlekings“, die in ihren Texten Mordanschläge auf Polizisten zur Weihnachtszeit forderte.

Hass- und Hetze-Harlekins in Sachsens Regierung

„[Advent, Advent – ein Bulle brennt](#)“ – zu Texten wie diesen spielte Sachsens Justizministerin Bass und krakeelte ihre Hassparolen dazu. In ihrem „Punk-Lied“ „[Hurra, der Mai ist da](#)“ krächzt Justizia-Meier-Band in C-DUR (besser gesagt CDU-R):

„Advent, Advent, ein Bulle brennt. Erst 1, dann 2, dann 3.“

In diesem „Song“ brennt erst ein „Molli“ (Molotowcocktail), kurz darauf ein „Sixpack“ (Szenejargon für Polizei-Mannschaftstransporter) und dann heißt es: „Advent, Advent – ein Bulle brennt, erst 1, dann 2, dann 3...“.

Konfrontiert mit den – wohl wie immer von Linksradiakalen „satirisch“ gemeinten – Liedzeilen, versucht sich die frischgebackene Justizministerin scheinheilig zu linksfertigen:

„Ich habe als Jugendliche in einer Punkband Bass gespielt. Darüber wurde ja schon vielfach berichtet. Ich habe immer gesagt, nicht alle Texte, zu denen ich mit 16 Jahren Bass gespielt habe, teile ich über 20 Jahre später inhaltlich. Ich verurteile jegliche Form von Gewalt. Gewalt ist durch nichts zu rechtfertigen und ihr muss mit den Mitteln des Rechtsstaats begegnet werden. Dies gilt auch für die Gewalttaten in der Silvesternacht in Connewitz. Den verletzten Polizisten wünsche ich schnelle und gute Genesung.“

Weitere konkrete Anfragen, etwa ob die „Ministerin“ an der

Einspielung des „Bulle brennt“-Titels beteiligt war, ihn öffentlich aufführte und sich mit dem Inhalt damals identifizierte, ließ die Grünen-Politikerin hingegen dezent unbeantwortet.

Entsetzte Zurückhaltung oder zurückhaltendes Entsetzen?

In Koalitionskreisen herrscht laut BILD „[Entsetzen, aber auch Zurückhaltung](#)“ – keine öffentliche Kritik am neuen „KENIA“-Regierungspartner soll an die Öffentlichkeit dringen und das freundschaftliche bunte Bündnis trüben. Die sächsische SPD bedauerte auf Anfrage, „in der Kürze der Zeit nicht antworten zu können“. Die CDU will sich zu den früheren Mordaufrufen ihrer linksradikalen Regierungspartner*Innen äußerst taktvoll nicht äußern.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen im September sprachen sich rund 60 Prozent der Bevölkerung für eine freiheitlich-bürgerliche Mehrheit aus AfD und CDU aus. Als „demokratische Antwort“ des krakenhaften Linksstaates erhalten sie nun: Katja Meier und die vereinten Hass-Harlekins von CDU, SPD und Grünen. Helau! Erste Ergebnisse des bunten Bündnisses sieht man bereits in Leipzigs Innenstadt.

Die größte Oppositionspartei im Landtag, die AfD, forderte am Donnerstag den sofortigen Rücktritt der terroraffinen Staatsminister*in Meier. Die AfD hatte Meier am Donnerstag mit Blick auf den Angriff linksextremistischer Täter in Leipzig während der Silvesternacht vorgeworfen, genau diese Gewalt befürwortet zu haben. Vize-Fraktionschef Sebastian Wippel, 38, selbst Polizeibeamter, schreibt auf Facebook:

„Wer es jemals in seinem Leben toll fand, dass Polizisten brennen, kann die Justiz nicht anführen.“

Sachsens Linken-Fraktionschef Rico Gebhardt, 56, hält der Polizeiterrorkollegin die AntiFa-Brechstange: „Ich gestehe jedem ein Umdenken und Lernfähigkeit zu. Ich nehme Frau Meier daher ab, dass sie heute als Justizministerin bereut, was sie

vor Jahren gesungen hat.“

„Gemeinsamkeiten“

Die [Worte zum „Amts-Antritt“](#) der sächsischen „Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung“ erhalten nun eine durchaus bedrohliche Deutung für Sachsen und Deutschland:

„In den Verhandlungen haben alle drei Partner bewiesen, dass wir Gemeinsamkeiten finden und Kompromisse schließen können. Das gewachsene Vertrauen ist eine gute Grundlage für die nächsten fünf Jahre, wir wollen unsere Demokratie in Sachsen und für Sachsen in Europa greifbar und erlebbarer machen.“

Als Zugabe zu den „Harlekins“ und ihrer „Front-Frau“ Katja Meier noch ein realsatirisches Interview mit Tilo Jung von Jung & Naiv:

Und mehr „Echo“-verdächtige Radikal-Videos von Katja Meier [hier auf Youtube](#).



Stuttgart: „Mann“ geht nach Autounfall mit Schwert auf

Polizisten los

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Stuttgart am Samstag kurz nach Mitternacht: Ein „Mann“ fährt mit seinem Auto in falscher Richtung in einen Kreisverkehr, streift eine Gebäudewand und kracht frontal in eine Litfaßsäule, die komplett zerstört wird. Die rasch eintreffenden Polizisten stellen ihn zur Rede, nachdem er sich mit seiner weiblichen Begleitperson vom Unfallort entfernen wollte. Plötzlich geht der „Mann“ unvermittelt mit einer 70 cm langen schwertähnlichen Waffe auf die Beamten los. Sie versuchen ihn mit Pfefferspray zu bändigen, was ihnen aber nicht gelingt. In akuter Notwehr müssen sie den Angreifer erschießen.

[BILD](#), [WeLT](#) und [Stuttgarter Zeitung](#) berichten über diesen Irrsinn, der noch vor wenigen Jahren undenkbar in Deutschland gewesen wäre. Daher hat die Bevölkerung in Deutschland auch ein Recht darauf, zu erfahren, wer dieser „Mann“ ist. Dabei interessiert uns sein Pass überhaupt nicht. Wir wollen wissen, ob er einen Migrationshintergrund hat. Und wenn ja, welchen. Wenn es sich um ein islamisches Land handelt, kommen wir der Analyse seines auf den ersten Blick völlig wahnsinnigen Verhaltens schon näher.

Die absolute Feindseligkeit gegenüber allen „Ungläubigen“, die der Politische Islam mit seinem Gewaltchip in die Köpfe von Moslems pflanzt, die totale Verachtung der minderwertigen Kuffar, die einem moslemischen Herrenmenschen gar nichts zu sagen haben, die alleinige Akzeptanz islamischer Autoritäten und die ausschließliche Befolgung von Scharia-Gesetzen, all das kann zu solchen Verhaltensweisen führen, die sich normalerweise niemand erklären kann. Da er nunmal tot ist, kann sich jetzt auch niemand auf irgendwelche „psychischen Störungen“ herausreden.

Wer hat früher Sanitäter, Feuerwehrleute oder Polizisten beim Hilfseinsatz angegriffen? Nicht einmal Linksextremisten,

obwohl viele von ihnen bei jeder passenden Demo-Gelegenheit Polizeibeamte als Repräsentanten des ihnen verhassten demokratischen Staates attackieren.

Die Polizisten in Stuttgart handelten völlig richtig, als sie den ganz offensichtlich brandgefährlichen Angreifer erschossen, nachdem Pfefferspray offensichtlich keine Wirkung zeigte. Das sehen und sahen aber manche der üblichen Verdächtigen in unserem Land ganz anders. So lassen wir in diesem Zusammenhang noch einmal passende Aussagen bekannter Grüner Protagonisten Revue passieren, die jetzt auch kommen könnten:

„Wieso konnte der Angreifer nicht angriffsunfähig geschossen werden???? Fragen!“

Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Renate Künast am 18. Juli 2016, als Polizisten den moslemischen Terroristen erschossen hatten, der mit einer Axt auf sie losging, nachdem er zuvor in einem Zug drei Reisende aus Hongkong mit genau dieser Axt schwer verletzt hatte. Damals war diese Figur auch noch Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundestages. Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, bezeichnete sie anschließend in einer [zutreffenden Reaktion](#) als parlamentarische Klugscheißerin:

„Wenn Polizisten in der Form angegriffen werden, werden sie sich nicht auf Kung Fu einlassen. Das endet dann bedauerlicherweise manchmal mit dem Tod des Täters, ist aber nicht zu ändern. Das Vorgehen der Polizisten wird nun von der Staatsanwaltschaft untersucht und dann wird ein Urteil gefällt. Da brauchen wir die parlamentarischen Klugscheißer überhaupt nicht.“

Gesunder Menschenverstand und polizeirechtliche Präzision in vier deutlichen und klaren Sätzen. Es ist höchst bedauerlich, dass genau dieser Rainer Wendt nach massiven Protesten von SPD

und GRÜNEN jetzt nicht Staatssekretär im Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt werden konnte, wozu ihn die CDU-Landesregierung eingeladen hatte.

Katrin Göring-Eckhardt [freute sich](#) auf dem Grünen-Parteitag Ende November 2015, kurz nach Öffnung aller Schleusen für die Massenmigration aus vielfach fundamental-islamischen Ländern, wie ein kleines Kind auf die nun drastische Veränderung unseres Landes:

„Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!“

Die Grünen mit ihrer völlig realitätsfremden, naiven und linksgestörten Weltanschauung dürften zu Totengräbern unseres Landes werden, sollten sie in diesen Zeiten jemals in Regierungsverantwortung auf Bundesebene kommen. Aber genau das scheint derzeit der Trend zu sein, wenn man sich die unheilvollen Entwicklungen in Ostdeutschland und leider auch Österreich ansieht. Vermutlich müssen die Zustände erst noch viel schlimmer werden, bis die Bevölkerung aufwacht und Widerstand leistet.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er

Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



Prof. Rohe: „Der Islam muss nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sein“

Von EBERHARD KLEINA und MICHAEL STÜRZENBERGER | Am 28. November veranstaltete die Polizei Dortmund zusammen mit dem „Multikulturellen Forum“ im Rahmen ihres gemeinsamen Projekts „VielfaltPlus“ eine Podiumsdiskussion. Schon die Fragestellung „Islam und das Grundgesetz – Wo ist das Problem?“ ist eine absolute Frechheit. Unter den Diskutanten befand sich kein einziger Islamkritiker, dafür aber bekannte Islam-Appeaser: An vorderster Stelle die größte Spinne im Netz der Islam-Verharmlosungs-Industrie Deutschlands, [Prof. Mathias Rohe](#) von der Uni Erlangen-Nürnberg. Dazu die türkischstämmige moslemische NRW-Integrationsstaatssekretärin [Serap Güler](#) und die bekopftuchte „wissenschaftliche“ Mitarbeiterin am Zentrum für Islamische Theologie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, [Dr. Dina El Omari](#).

Dortmunds Polizeipräsident Gregor Lange (SPD) äußerte allen Ernstes, dass „wir kein Problem“ bei der Vereinbarung von Islam und Grundgesetz sähen. Es sei „wichtig“, dass Moslems in Deutschland „in ihrer Vielfalt wahrgenommen und akzeptiert“ werden. Ein realitätsleugnender Multikultiwahn also auch bei der Polizei im moslemisch am stärksten „bereicherten“ Bundesland Nordrhein-Westfalen. Man darf sich fragen, wie viele oder besser wie wenig Polizisten der Polizei Dortmund, die an der Front ganz andere Erfahrungen machen, diesen Aussagen ihres Präsidenten zustimmen.

Die gewünschte Richtung gab der Rechts- und „Islamwissenschaftler“ Rohe in seinem Vortrag vor. Er meinte [laut Bericht von „Rundblick Unna“](#), dass keine Religion mit dem Grundgesetz vereinbar sein müsse, nur das Verhalten der „Gläubigen“, und das sei „bei der deutlichen Mehrheit der Muslime in Deutschland der Fall“. Viele Bürger würden aber den Islam als Bedrohung wahrnehmen, und daran „muss man arbeiten“. Der Direktor des 2008 gegründeten „Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa“ arbeitet ganz offensichtlich hart daran, für das er offensichtlich gut bezahlt wird: Die Imageverbesserung und Hofierung des Islams in Deutschland.

So wurde in der Diskussion beklagt, dass in der Öffentlichkeit ein sehr „einseitiges“ und „vorurteilsbehaftetes“ Islambild herrsche. Dabei sei der Islam doch „gerade in Europa und in Deutschland“ so „vielfältig“ wie kaum anderswo. Die „Islamwissenschaftlerin“ El Omari plädierte für ein „differenzierteres“ Bild des Islam, denn dieser würde neben den „aktuell überpräsenten konservativen Auslegungen“ der Religion „auch alternative“, zum Beispiel – Festhalten – „feministische“ Lesarten, „sichtbar machen“.

Rund hundert Teilnehmer verfolgten diese Quasselrunde, darunter überwiegend Polizeibeamte, Vertreter moslemischer Gemeinden und Mitarbeiter von Kommunen. Der Geschäftsführer des „Multikulturellen Forums“, Kenan Küçük, wünschte sich im Rahmen der „religiösen Vielfalt“ auch „mehr Polizistinnen und

Polizisten aus unterschiedlichen Glaubensrichtungen“, die „dem Schutz aller in Deutschland lebenden Minderheiten verpflichtet sind“ und ihren Dienst „sozial und interkulturell kompetent“ ausüben. Wer nicht komplett naiv ist, erkennt darin die Forderung nach mehr Moslems im Polizeidienst im Interesse des Politischen Islams.

Der Islam-Experte [Eberhard Kleina](#), der 33 Jahre als Berufsschulpfarrer arbeitete, legt die Fakten dar, dass es in Wahrheit ein massives Problem zwischen Islam und Grundgesetz gibt:

Die Würde des Menschen ist unantastbar, heißt es im Grundgesetz, Artikel 1, und Artikel 3 legt die Gleichberechtigung von Mann und Frau fest und untersagt, daß niemand wegen seines Geschlechtes, Abstammung, Rasse, seiner Sprache, seiner Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt wird.

Dieser Wertsetzung des Menschen im Grundgesetz folgt der Islam nicht. „Islam“ heißt Unterwerfung unter Allah im Sinne von Kapitulation. Islam heißt nicht „Frieden“, wie immer wieder behauptet wird. Frieden heißt „Salam“, das klingt zwar ähnlich, ist aber etwas anderes.

Eine Würde, wie wir sie in unserer christlich beeinflussten Kultur dem Menschen zumessen, der Gottes Ebenbild ist (Bibel, Gen. 1,27) und damit einen unvergleichbar hohen Wert hat, ist im Islam unbekannt. Hier ist der Mensch Allahs Sklave (Koran, Sure 19,93), der Allahs Willen bedingungslos zu befolgen hat. Dabei steht die Frau noch unter dem Mann, dem sie zum Gehorsam verpflichtet ist, bei Ungehorsam darf er sie schlagen (Sure 4,34). Frauen erben auch nur die Hälfte dessen, was der Mann an Erbe bekommt (Sure 4,11). Vor Gericht wiegt die Zeugenaussage eines Mannes die Aussagen zweier Frauen auf (Sure 2,282). Für den Ehemann soll sich die Frau stets sexuell

bereithalten, da Ehefrauen Acker des Mannes sind, den er jederzeit betreten darf (Sure 2,223). Nur dem Mann steht die Ehescheidung zu (Sure 2,226f), in manchen Ländern per Handy möglich. Der Mann darf bis zu vier Frauen zugleich heiraten, wenn er will (Sure 4,3).

Alle Nicht-Moslems werden im Islam gruppenbezogen diskriminiert und herabgestuft als „Ungläubige“ (Kuffar), der Begriff bedeutet, daß diese Menschen „Lebensunwerte“ sind. Kuffar stehen auf der Stufe von Affen und Schweinen (Sure 5,60) und sind schlimmer als das Vieh (Sure 8,55). Juden und Christen, die immer wieder als Kuffar in den islamischen Glaubensschriften namentlich genannt werden, sind Verfluchte (Sure 9,30 und andere), sind die schlechtesten Geschöpfe und daher sichere Kandidaten der Hölle (Sure 98,6), Moslems sollen sie nicht zu Freunden nehmen (Sure 5,51). Es gibt insgesamt nicht weniger als 206 Koran-Verse gegen „Ungläubige“.

Der Antisemitismus ist, ob wir das wahrhaben wollen oder nicht, ein Bestandteil des islamischen Glaubens, im Koran und den anderen Glaubensschriften fest verankert. Juden sind Betrüger (Sure 3,75), Lügner (Sure 3,78), verschlagene Wucherer (Sure 4,160f) und Kriegstreiber (Sure 5,64). Im Koran sind neun antisemitische Stellen enthalten. Auch in den Überlieferungen außerhalb des Koran, den Hadithen, findet sich der Antisemitismus. Ein Buhari-Hadith legt fest: „Die Stunde wird nicht kommen (Anm.: Gemeint ist das Weltgericht) bis ihr gegen die Juden solange kämpft und bis der Stein, hinter dem sich der Jude versteckt hat, spricht: ‚Du Muslim, hier ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt hat, so töte ihn.‘“ Bei soviel Judenhaß ist es nicht verwunderlich, daß Hitler in der islamischen Welt hohes Ansehen genießt.

Bedenklich ist auch der Hautfarbenrassismus, der auf berühmte islamische Gelehrte früherer Jahrhunderte zurückgeht (Ibn Sina oder Avicenna und Ibn Khaldun), ihre Lehren prägen den Islam bis heute. Schwarzafrikaner hielten sie aufgrund ihrer Hautfarbe für Untermenschen. Auch die Sklaverei ist fester

Bestandteil des Islam. Zahlreiche Koran-Verse befassen sich mit dem Einfangen und der Behandlung von Sklaven (Sure 4,24; 16,71; 23,1,5,6 und andere). Der Sklave wird oft mit der Formulierung umschrieben „...was deine rechte (Hand) besitzt.“ Diese Umschreibung bezeichnet Sklaven als Sache, als Besitz ihres Herrn, der über sie verfügen darf, wie er will (Sure 16,71).

Das Grundgesetz garantiert das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Artikel 2). Anders im Koran : „Und wenn ihr auf die Ungläubigen trifft, dann herunter mit dem Haupt, bis ihr ein Gemetzel unter ihnen angerichtet habt.“ (Sure 27,4). Es gibt mehr als zwanzig ähnliche Kampfverse im Koran, in den Hadithen noch weitaus mehr. Zu beachten ist auch, daß Mohammed zu Lebzeiten ca. 60 Kriege gegen „Ungläubige“ führte. Und Mohammed ist für Muslime das Vorbild schlechthin (Sure 33,21). Er hat zwar dann und wann Gegner begnadigt, aber auch Mordaufträge erteilt. In den Buhari-Hadithen wird detailliert unter der Überschrift „Wie ein Götzendiener im Schlaf getötet wurde“ der Auftrag Mohammeds geschildert, seinen Gegner Abu Rafi zu töten. Der Auftrag wurde erfolgreich ausgeführt. Opfer können auch Muslime werden, die von anderen Muslimen als nicht rechtgläubig genug eingestuft werden. Der abgrundtiefe Haß zwischen Sunniten und Schiiten ist bekannt, aber auch zwischen anderen Gruppen .

Was die körperliche Unversehrtheit betrifft, so gilt sie beispielsweise nicht bei ungehorsamen Frauen, worauf schon hingewiesen wurde (Sure 4,34), auf Ehebruch steht die Auspeitschung mit 100 Hieben für Mann und Frau gleichermaßen (Sure 24,2) oder für die Frauen sogar die Todesstrafe (Sure 4,15).

Auch die nach Grundgesetz Artikel 4 festgelegte Glaubensfreiheit kennt der Islam nicht.

Laut Koran Sure 2,217 legt Allah fest, daß es nicht erlaubt ist, von Allahs Weg abzuweichen und die heilige Moschee zu verleugnen. Nach einem Buhari-Hadith bestimmt Mohammed als

Gesandter Allahs, Konvertiten zu töten. Es gibt im Islam nur eine Glaubensfreiheit, nämlich die, zum Islam überzutreten, wer dagegen den Islam verläßt, hat sein Leben verwirkt. Gern wird von islamischer Seite auf den Halb-Vers Sure 2,256 verwiesen, wo es heißt: „Es sei kein Zwang im Glauben.“ Aber gleich im nächsten Vers legt Allah fest, daß die „Ungläubigen“, die Allah den Gehorsam verweigern, Gefährten des Feuers sind, worin sie ewig bleiben (Sure 2,257). Wir haben hier das Prinzip der Abrogation oder Naskh (Aufhebung): Das später Gesagte hebt das Erste auf. Das gilt auch für die Gewaltverse im Koran, da sie später „offenbart“ wurden, heben sie die früheren mehr moderaten Verse auf.

Als letztes Beispiel sei die Bestimmung des Grundgesetzes, Artikel 20, genannt, wonach alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Weltweit gibt es kein einziges islamisch geprägtes Land, das eine Demokratie in unserem Sinne darstellt. Das kann auch gar nicht anders sein, da der Islam von dem Gedanken der Theokratie (Gottesherrschaft) ausgeht: Allah als oberster Gesetzgeber hat die Scharia, das islamische Gottesgesetz erlassen. Ein Kalif als Nachfolger Mohammeds führt die Umma, das Volk bzw. die islamische Glaubensgemeinschaft an.

Eine Klasse von Rechtsgelehrten systematisiert die Scharia, d.h. entnimmt den islamischen Glaubensschriften die Gesetzesbestimmungen und erläßt ständig neue Rechtsgutachten (Fatwas, im Plural eigentlich Fatawa), wie sich der Gläubige im Alltag auf Allahs Weg zu verhalten hat, wenn die Glaubensschriften hierzu keine Aussagen machen, beispielsweise, ob ein Moslem auf dem Friedhof der „Ungläubigen“ bestattet werden darf und vieles andere. Die Imame vor Ort leiten die Moslems an. Religionsgesetz und staatliches Gesetz bilden nach islamischem Denken eine Einheit, eine Trennung von Staat und Moschee ist nicht vorgesehen. Diese Ordnung ist nach islamischem Glauben die beste, die für die Menschen erstand (Sure 3,110). „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und gebt Gott, was Gottes ist“,

eine Trennung von Staat und Kirche, die Jesus vorgenommen hat (Bibel, Matth. 22,21), ist dem Islam völlig fremd.

Der islamische „Missionsbefehl“ legt fest, daß alle Muslime so lange für Allah zu kämpfen haben, bis die ganze Welt an Allah glaubt, also unter dem Gesetz der Scharia steht (Sure 2,193; 8,39; 48,28; 61,9). Die Methode dazu ist der „Dschihad“, der heilige Krieg, der Einsatz allgemein für den Islam. Dschihad bedeutet einmal den Einsatz von Waffen. Seit seiner Entstehung vor 1.400 Jahren, schätzen Historiker, hat der islamische Krieg gegen „Ungläubige“ weltweit ca. 270 Millionen Opfer gefordert (Bill Warner, Scharia für Nicht-Muslime, CSPI International 2015, S. 45). Dieser Krieg geht weiter, die Verfolgungen von „Ungläubigen“ in vielen islamischen Ländern belegen es.

Natürlich ist nicht jeder Moslem ein Attentäter oder Terrorist, viele sind Namens-Muslime, die einfach ihrer Beschäftigung nachgehen oder sich um ihre Familie kümmern, sie sind menschlich gesehen besser als ihr Glaube es ihnen vorschreibt. In dem Augenblick aber, wo sie sich bewußt den islamischen Glaubensinhalten zuwenden, kann es für die „Ungläubigen“ gefährlich werden. Nachdenklich macht auch, daß noch nie nach einem Anschlag, bei dem „Ungläubige“ ums Leben kamen, Hunderte oder gar Tausende Namens-Muslime auf der Straße gegen die Gewalt im Namen ihres Glaubens protestiert haben.

Der Dschihad hat auch eine zweite, eine nicht-kriegerische Seite, wo es um die stetige Ausweitung von Macht und Einfluß in der Öffentlichkeit geht. Ständig wird irgend etwas gefordert: Bau von Moscheen, öffentlicher Muezzin-Ruf, Religionsunterricht, islamisch reines Essen (halal) in Schulen und Kantinen, Posten in politischen Parteien und Verwaltung und anderes. Unterstützt wird die Einwanderung von Muslimen (Einwanderungs-Dschihad), der Geburten-Dschihad (Erdogan: Zieht drei bis fünf Kinder groß) und, und, und.

Für den Dschihad dürfen Muslime lügen, um die Herrschaft Allahs voranzubringen. So betont man gern, islamische Attentäter mißbrauchten angeblich den Islam, der Toleranz bedeute. Hierher gehört auch das oben erwähnte Wortspiel „Islam und Salam“. Oder man wehrt sich mit dem Hinweis, Koran-Stellen, die Gewalt rechtfertigen, seien aus dem Zusammenhang gerissen, falsch verstanden oder gar falsch übersetzt. Dazu ist zu sagen, daß man den Koran ohne weiteres richtig übersetzen und ohne weiteres richtig verstehen kann.

Hinsichtlich des Zusammenhangs ist zu sagen, daß es generell nur hin und wieder einen Zusammenhang gibt, ein roter Faden ist nicht erkennbar. Wenn gar nichts hilft und die „Ungläubigen“ sich durch keine Ausflüchte beeindrucken lassen, schaltet man gern auf den „Beleidigt-sein-Modus“ um oder wahlweise auch auf Bedrohung.

Die erlaubte Lüge wird im Islam als Taqiyya (Verschleierung) bezeichnet. Man leitet sie aus Sure 3,28; 6,119 und 16,106 ab, schließlich ist Allah selbst der beste Listenschmied (Sure 3,54; 8,30), so daß auch seine Anhänger listig gegen „Ungläubige“ sein dürfen (Sure 52,42). Bei einem Gespräch mit überzeugten Muslimen weiß der „ungläubige“ Gesprächspartner nie, ob er die Wahrheit hört oder durch Taqiyya hinters Licht geführt wird. Er muß sich schon selbst um adäquate Informationen bemühen, am besten von konvertierten Muslimen, von Christen aus einem islamischen Land oder man arbeitet sich in den Islam ein, was allerdings nicht so einfach zu machen ist.

Die obigen Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß es völlig unangebracht ist, zu sagen: „Islam und Grundgesetz – wir sehen da kein Problem.“ Der Satz ist falsch und äußerst leichtfertig. In Wirklichkeit besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz, eine Konfrontation. Ist das Islambild wirklich „vorurteilsbelastet“, wie Frau El Omari betonte? Sie plädiert ja für „ein differenziertes Bild des Islam“. Richtig, dann hätte man unbedingt alle die Koranstellen, die oben erwähnt

wurden, ansprechen müssen, was aber offenbar nicht geschah.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, multikulturelle Gesellschaft hin oder her, daß für Muslime der Koran Allahs ewig gültiges Wort ist, für alle Menschen und für alle Zeiten festgelegt (Sure 18,27). Allahs Wort ist heilig und unantastbar, nichts darf als zeitbedingt angesehen und daher interpretiert werden. Eine Demokratisierung des Islam ist demzufolge nicht zu erwarten.

Die Gesprächsrunde am 28.11.2019 „Islam und Grundgesetz – wo ist das Problem?“ dürfte aus islamischer Sicht eine erfolgreiche Taqiyya-Veranstaltung gewesen sein, um den Islam als kompatibel mit unserer Kultur und unserer staatlichen Ordnung zu präsentieren. Sie ist einzuordnen unter den unblutigen Teil des Dschihad, als weitere islamische Machtausdehnung durch Verharmlosung.

Man fragt sich, wieso der Polizeipräsident Lange und der Islamwissenschaftler Prof. Rohe die oben angeführten unüberbrückbaren Gegensätze nicht kennen. Oder wollen sie sie nicht kennen, dürfen sie sie vielleicht gar nicht ansprechen, weil das politisch unkorrekt wäre? Und wo waren die kritisch recherchierenden Journalisten? Auf alle Fälle war die Veranstaltung ein voller Punktsieg der islamischen Seite, für die Seite der „Ungläubigen“ eine weitere Niederlage, die sie aber wahrscheinlich als solche gar nicht empfunden haben, leider. So schreitet die Islamisierung Deutschlands voran. Das Erwachen wird heftig sein. Niemand soll später einmal sagen, er habe das alles nicht gewußt, noch ist Zeit, sich zu informieren. Aber wie lange noch?

Soweit die unwiderlegbaren Fakten, zusammengefasst von Eberhard Kleina. Es ist wichtig, der völlig unverantwortlichen Islam-Kollaboration entschieden entgegenzutreten. Kontakt zum Polizeipräsidium Dortmund:

» poststelle.dortmund@polizei.nrw.de

Auch dem notorischen Islam-Verharmloser Prof. Mathias Rohe kann man seine Meinung mitteilen:

» mathias.rohe@jura.uni-erlangen.de

Anmerkung: Trotz aller berechtigter Empörung bei den Mitteilungen bitte sachlich bleiben und nicht beleidigen.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



Petr Bystron: Migrationshintergrund von Verbrechern nennen!

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron war am vergangenen Montag Abend in Augsburg, um zusammen mit Vertretern der bayerischen AfD-Landtagsfraktion und dem AfD-OB-Kandidaten Andreas Jurca einen Kranz für den getöteten Feuerwehrmann niederzulegen. „Wir trauern um ihn“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer Christoph Maier auf Nachfrage den Journalisten, und betonte, dass die AfD am Gedenkort keine politischen Aussagen machen werde, denn diese Arbeit werde im Landtag geschehen.

Gut einhundert linke Gegendemonstranten, unter ihnen Landtagsabgeordnete von SPD, Grünen und Freien Wählern, [protestierten](#) gegen diese Kranzniederlegung und hielten Schilder mit Aufschriften wie „Gedenken statt Vereinnahmen“ hoch. Der CSU-Oberbürgermeister Kurt Gribl, der in der städtischen Traueranzeige die sinnlose Ermordung als bei einem [„tragischen Vorfall verstorben“](#) verharmloste, appellierte allgemein an das Bekenntnis zu den Werten einer Zivilgesellschaft. Im Chor kamen die bekannten heuchlerischen Vorwürfe [von Medien](#), Altparteien und auch dem berühmten berüchtigten Kriminologen Pfeiffer, die AfD würde [die Tat „instrumentalisieren“](#). Obwohl genau jene bei Anschlägen und Morden von National-Sozialisten vehement die Verstärkung des

unsäglichen „Kampfes gegen Rechts“ einfordern. Da wird „instrumentalisiert“ auf Teufel komm raus.

Petr Bystron nimmt im Interview (*oben*) zu dem Themenkomplex Stellung. Er fordert, dass bei allen Gewaltverbrechen der Migrationshintergrund der Täter genannt wird. Der sogenannte „Pressekodex“, an den sich Medien so gerne halten, wenn ein Mörder, Vergewaltiger oder Messerstecher ausländische Wurzeln hat, verschleierte nur die Suche nach den Ursachen für die Gewalt.

Es ist ein Skandal, dass sich sogar Polizei-Pressestellen an dieser politisch korrekten Verschleierungskampagne der Täter-Identitäten beteiligen. So bezeichnete es der Münchner Polizei-Pressesprecher Marcus da Gloria Martins als „geistige Brandstiftung“, wenn man sich näher für die Identität des Polizisten-Messerstechers vom Hauptbahnhof interessiere. Die „Hetzer“ [würden „weinen“](#), wenn man den Vornamen des von hinten brutal attackierenden Mannes erfahren würde.

Aber auch diese Vertuschungsmethode zieht spätestens seit 2016 nicht mehr, seitdem aus dem iranischen Mehrfachmörder vom Münchner Olympiazentrum ein „David“ gemacht wurde, obwohl der iranischstämmige Killer Ali David Sonboly heißt und die Feindschaft zwischen Arabern und Persern einen großen Teil des Tatmotivs ausmacht. Nachdem die BILD am vergangenen Dienstag ein [Foto des Polizisten-Messerstechers](#) vom Münchner Hauptbahnhof veröffentlichte, würde uns auch hier ein eingedeutschter Vorname nicht „zum Weinen“ bringen. Wir wollen den Migrationshintergrund wissen, und das hat auch einen guten Grund.

Der gleiche Polizeisprecher verkündete übrigens ganz stolz die Identität des zuvor kontrollierten Eritreers, der beim Festhalten des Messerstechers behilflich gewesen sein soll. Dies solle man, Achtung wörtlich, *„im Rahmen einer allgemeinen Diskussion über Herkunft und Nationalität nicht ganz unter den Tisch fallen lassen“* (im [Video der Pressekonferenz](#) ab Minute

10:15). Täter-Identitäten lässt man im Gegenzug aber massenhaft unter den Tisch fallen. Was für eine durchschaubare Doppelmoral und Heuchelei.

Der 49-jährige Berufsfeuerwehrmann und Familienvater von Augsburg würde mit hoher Wahrscheinlichkeit noch leben, wenn er nicht ein „Scheiß-Deutscher“ wäre. Denn die Gruppe von gröhlenden und pöbelnden jungen Männern mit türkischer und libanesischer Herkunft hätte vermutlich ganz anders auf eine Ermahnung reagiert, wenn sie von einem moslemischen Landsmann gekommen wäre. „Hey, Brüder, was geht ab“ hätte sicher nicht zu infernalischen Gewaltausbrüchen geführt. Aber wenn ein minderwertiger Ungläubiger sich erdreistet, einem Herrenmenschen Vorschriften zu machen, sieht die Sache ganz anders aus. Daher wollen wir ganz genau wissen, was das für Menschen sind, die diese Gewaltexzesse in Deutschland ausführen. Ein deutscher Pass oder ein eingedeutschter Vorname interessiert uns hierbei nicht.

Der große rosa Elefant Politischer Islam, der mitten im Raum herumwalzt und immer mehr Porzellan zertritt, will und darf von keinem der politisch korrekten Realitätsverweigerer in den Altparteien und den Mainstream-Medien erkannt werden. Der in den Köpfen korangläubiger Moslems genau diese Verachtung, Aggressivität, Gewaltbereitschaft und Tötungslegitimation verursacht, mit der unser Land seit Jahren überzogen wird.

Im seit 70 Jahren rotverseuchten München ist es besonders schlimm. Hier wird sogar der Livestream der Pressekonferenz vor Beginn der medialen Fragerunde abgebrochen, da man damit die Arbeit der Medien „konterkarieren“ würde. Es sei „ihre Aufgabe, die Erkenntnis und Deutung aus dem Frageteil entsprechend zu verarbeiten“. Hier setzt man ganz offensichtlich auf die in München zuverlässige Vertuschungsmethodik der zumeist linksdrehenen Presselandschaft ([im Video](#) ab Minute 9:25)

Daher ist es nötig, dass die Bürger Druck auf Altpolitiker,

Mainstream-Medien und Polizei-Pressestellen ausüben, damit die Ursachen der Gewalt identifiziert werden. Zum Schutz des deutschen Volkes und der in unserem Land gut integrierten Ausländer. Nachdem vor allem auch Polizisten zu den ersten gehören, die an der Front die Gewalt vieler Menschen mit moslemischen Migrationshintergrund zu spüren bekommen, sollten ihre Presse-Abteilungen die Vertuschungsstrategie beenden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit politisch von oben verordnet ist.

Kontakt zur Pressestelle der Münchner Polizei:

» muenchen.presse@polizei.bayern.de

Anmerkung: Trotz aller berechtigter Empörung bei den Mitteilungen bitte sachlich bleiben und nicht beleidigen.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN:



Facebook-Polizei München lässt Fragesteller „ins Messer“ laufen

Von LUP0 | Den Slogan „Die Polizei – Dein Freund und Helfer“ etablierte 1926 der preußische Innenminister Albert Grzesinski. Die damals angestrebte Bürgernähe sollen heute etliche Polizei-Accounts im Social Media herstellen.

Die Facebook-Polizei München hat allerdings übers verlängerte Wochenende demonstriert, wie man mutwillig Vertrauen beim Bürger verspielt: Die Beamten führten ein Schmierstück namens „Die Polizei – Dein Feind und Belehrer“ auf.

[Anlass war die heimtückische Messerattacke](#) auf einen Polizeibeamten am Münchner Hauptbahnhof. Zum Täterprofil gab es dazu amtlicherseits lange Zeit nur knappste Angaben: „23 Jahre, Deutscher“.

Die Berliner AfD-Bezirkspolitikerin Anne Zielisch fragte via Facebook nach: „Bislang gibt es nur die Herkunftsangabe „Deutscher“, aber keinen Vornamen? Weiß die Polizei München Näheres?“ Zielisch erging es wohl wie vielen Menschen in Deutschland, die aus leidvoller Erfahrung auf einen

migrantischen Hintergrund tippten und sich über unnötige polizeiliche Informationssperren ärgern.

Anstatt sachlich und neutral zu reagieren, wie es die [Dienstvorschrift der Münchner Pressestelle](#) vorschreibt, lieferten sich die Facebook-Polizisten einen unverschämten Schlagabtausch mit der Userin:



Verantwortlich für diesen gleichermaßen belehrenden wie anmaßenden Tweet ist dem Organigramm der Münchner Polizei zufolge deren Pressesprecher Marcus da Gloria Martins. Der Oberrat mit dem bombastischen Namen und dem stylischen Drei-Tage-Bart hat zwar noch keine eigene Wikipedia-Seite, arbeitet aber offenbar hart am dritten goldenen Stern auf der Karriereleiter zum Regierungsdirektor im bayerischen Polizeidienst.

Gegenüber PI-NEWS kritisierte die Berliner AfD-

Bezirkspolitikerin Anne Zielisch das Verhalten des Polizei-Pressesprechers scharf: „Der Tweet von Marcus da Gloria Martins zeugt von einem gravierenden Mangel an Seriosität, Professionalität und Respekt gegenüber den eigenen Kollegen, die nicht wie er selbst im Warmen sitzen und Vielfaltspropaganda in die Tasten hacken, sondern auf der Straße mit echten Gefahren und immer massiverer Gewalt konfrontiert sind. Diesen Beamten ist sehr wohl klar, wer in Deutschland mit Abstand die meisten Gewalttaten verübt. Vermutlich ahnt es auch Herr Martins, denn warum sonst sollte er auf eine simple Frage so überreagieren? Derartige Angriffe für das Stellen von Fragen durch Bürger beziehungsweise Volksvertreter der Opposition sind ein Merkmal von Diktaturen und somit einer freiheitlichen Demokratie unwürdig.“

Bei seiner viertelstündigen Pressekonferenz am Dienstagnachmittag waren die Zuschauer am Ende zwar immer noch nicht schlauer, was die Herkunft des Täters betraf. Martins saß die heiße Information einfach aus. Polizeipräsident Hubertus Andrä hatte sicher seine helle Freude an seinem Beamten.

Haltungskonform wies Martins jedoch besonders auf die Nationalität eines Eritreers hin, der vor der Tat kontrolliert worden war und trotzdem der Polizei bei der Niederringung des (deutschen) Messerstechers geholfen haben soll. Hier wächst zusammen, was zusammen gehört, sollte wohl Martins (missglückte) Botschaft lauten.

Ungefragt brachte der Pressesprecher die offizielle Haltung der Münchner Polizei noch einmal für die Medien zum Mitschreiben auf den Punkt: „Gleichwohl waren wieder die geistigen Brandstifter unterwegs, die diese unselige Frage nach den Nationalitäten stellen (ab 8:15), die versuchen einen Keil zu treiben in den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.“

Und weil das noch nicht reichte: Es werde ein „Themenrahmen

aufgezogen auf Kosten unseres Kollegen. Der Themenrahmen lautet: Hier geht alles den Bach runter.“ Martins stellte aber „klipp und klar“ fest: „Das ist Unsinn! Sie leben hier in der sichersten Stadt Deutschlands. Und das seit nahezu Jahrzehnten.“

Kann man glauben, muss man aber nicht. Wichtiger ist die Frage nach der Seriosität der polizeilichen Taktik: Lassen die Polizei München und ihr Pressechef etwa selbst unbequeme Fragesteller „ins Messer“ laufen, um sie dann anschließend als vermeintliche Ausländerhasser zu entlarven, die dann vor Wut weinen? Fest steht nur, dass das Misstrauen in die Polizei in dem Maße wächst, wie diese mauert. Man braucht nur diesbezüglich in die Foren von Springers WELT schauen. Ist es Aufgabe einer Pressestelle mit rund 25 Mitarbeitern, anfragende Bürger dumm zu halten und öffentlich lächerlich zu machen? Warum nennt die Polizei in Bayerns Hauptstadt nicht einfach Namen und Herkunft von Tätern, egal welcher ethnischen Provenienz, wie es NRW-Innenminister Herbert Reul bereits fordert?

Die Kernfrage aber lautet: Ist ein Beamter als Pressesprecher geeignet, wenn er sich zum Richter über gute oder schlechte Bürgerfragen aufschwingt? Unterstellen muss man, dass nicht alle Münchner Polizisten die Welt so sehen wie Martins. Insbesondere wohl jene nicht, die den harten Polizeialltag sprichwörtlich hautnah zu spüren bekommen. Und die sich fragen, ob ihr Alltag mit den Ansichten der Mitarbeiter übereinstimmt, die hoch und trocken im polizeilichen Callcenter sitzen und provokante Sprüche klopfen?

Falls Martins nicht lebensmüde sein sollte, muss man unterstellen, dass der hochgelobte Vorzeigepolizist volle Rückendeckung von oben hat. Warum dulden/unterstützen seine Vorgesetzten bis ins bayerische Innenministerium solche offensichtlichen Eskapaden? Eine Möglichkeit lautet, dass die Münchner Polizeiführung in der traditionell SPD-geführten Landeshauptstadt schlicht mit den politischen Wölfen heult.

Eine weitere deutet die Sorge der Polizeiführung an, dass immer mehr Polizisten beruflich fremdeln und sich mit „rechten“ Ideen anfreunden könnten. Das Abwatschen von Fragestellern wäre der Taktik geschuldet, gleichzeitig Kritiker nach außen und innen mundtot zu machen.

Wie ein zweideutiger Witz klingt es dann, wenn Pressesprecher Martins behauptet: „Wir lassen uns nicht politisch instrumentalisieren.“ Die Frage ist nur, von wem?

» Kontakt: muenchen.presse@polizei.bayern.de



Schweden 2019: Bombenterror wie in Afghanistan

Von EUGEN PRINZ | Wer die zukünftige Entwicklung in einer Region voraussagen will, braucht seine Aufmerksamkeit nur dorthin zu richten, wo gleichartige Prozesse schon länger ablaufen und daher weiter fortgeschritten sind.

Ein besonders gutes Beispiel dafür ist Schweden. Dank der liberalen Einwanderungspolitik der dort seit Jahrzehnten durchregierenden Sozialdemokraten ist die Zahl der Sexualdelikte in diesem Land von 1975 bis 2014 um sage und schreibe [1472 Prozent](#) gestiegen.

Daher hat der Autor mit Blick auf Schweden bereits im Herbst

2015 zu Beginn der Flüchtlingskrise öffentlich vor einer Vergewaltigungswelle in Deutschland gewarnt. Zurecht, wie wir inzwischen leidvoll erfahren mussten.

Jetzt, vier Jahre später, hat die negative [Entwicklung in Schweden](#) eine neue Qualität erreicht, die auch uns Deutsche zu denken geben muss, da wir uns immer noch im selben Fahrwasser befinden, wie 2015. Das heißt, wir sind weiterhin unverdrossen „auf schwedischem Kurs“. Inzwischen ist dort zu den ausufernden Sexualdelikten nun auch noch eine Bandenkriminalität gekommen, die in Europa ihresgleichen sucht.

Bomben in Bullerbü

Seit Sonntag ist die schwedische Polizei offiziell im Ausnahmezustand. Der Grund dafür ist die enorme Eskalation der Bandengewalt in dem nordeuropäischen Land. Und um es vorweg zu nehmen: Es sind nicht die „Nordmänner“, von denen diese Entwicklung ausgeht, sondern überwiegend moslemische Migranten der zweiten und dritten Generation.

Mittlerweile vergeht in Schweden keine Woche, in der es in den größeren Städten nicht irgendwo zu Explosionen kommt. Sogar Kinderzimmer werden durch Druckwellen verwüstet, denn selbstgebaute Sprengsätze detonieren in Treppenhäusern, Apartmentblocks und Autos. Der Hintergrund: Rivalisierende Migrantenbanden haben herausgefunden, dass Bomben und Handgranaten zur Erpressung und Einschüchterung ihrer Konkurrenten deutlich effektiver sind, als Handfeuerwaffen.



25 Verletzte und 250 zerstörte Apartments, so lautete die Bilanz eines Bombenanschlags krimineller Banden in der schwedischen Stadt Linköping im Juni 2019

Mit einem Baby auf dem Arm durch Kopfschüsse getötet

Aber auch Schusswaffen kommen häufig zum Einsatz und nicht immer sind es nur Bandenmitglieder, die damit getötet werden. Zum Entsetzen der Nation wurde im August die Freundin eines ehemaligen Gangsters, eine junge Ärztin, am helllichten Tag auf einer belebten Straße in Malmö mit mehreren Kopfschüssen getötet. Das Opfer hielt ihr Baby im Arm, als die Kugeln der beiden Killer ihrem Leben ein Ende bereiteten. Und letzten Samstag wurden in Malmö in einem Restaurant zwei 15-Jährige gezielt niedergeschossen. Einer der beiden starb im Krankenhaus, der zweite überlebte schwer verletzt.

Polizeichef tritt vor die Presse

Als der schwedische Polizeichef Anders Thornberg einen Tag zuvor in einer Pressekonferenz zu der sich immer weiter zuspitzenden Lage im Land Stellung nahm, waren gerade wieder zwei Bomben in Malmö und im südschwedischen Hässleholm hochgegangen. In der Bevölkerung breitet sich die Angst aus, denn es hat in den ersten 10 Monaten dieses Jahres bereits

mehr als 100 Explosionen gegeben, doppelt so viele als in 2018. Es kann jeden zu jeder Zeit treffen, der sich zufällig am falschen Ort aufhält. Polizeichef Thornberg dazu:

„Wir sehen international nichts Vergleichbares. Es scheint, als ob die Rachefeldzüge der Kriminellen der Öffentlichkeit näher und näher rücken.“

Thornberg sollte Recht behalten. Bereits am nächsten Tag, letzten Samstag, explodierte ein weiterer Sprengsatz in Malmö und nur sechs Minuten später wurden – wie bereits erwähnt – die beiden 15-Jährigen niedergeschossen.

Ausnahmezustand für Schwedens Polizei

Diese beiden Vorfälle waren der Tropfen, der das Fass endgültig zum Überlaufen brachte. Der schwedischen Polizei blieb nichts anderes mehr übrig, als die Bandenkriminalität als „landesweites besonderes Ereignis“ einzustufen. Durch diese Formulierung erklärt die Polizeibehörde nach schwedischem Recht für sich selbst den Ausnahmezustand. Mit einer Sondereinheit, deren Kommandeur besondere Befugnisse erhält und zusätzliche Beamte und Ressourcen anfordern kann, soll den Banden der Kampf angesagt werden. Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass diese Bemühungen grandios scheitern werden, denn die Polizei hat keinen Zugang zum Milieu der kriminellen Banden und daher kaum eine Chance, die Verbrechen aufzuklären. Es gilt das Schweigegelübde.

Bald wird es auch die Salonlinken erwischen

Die Entwicklung, dass die Gewalt der kriminellen Banden aus den vernachlässigten ärmeren Vierteln der Städte auf die bislang verschont gebliebene bürgerliche Nachbarschaft übergreift, ist kaum mehr aufzuhalten. Der Zeitpunkt rückt näher, an dem auch die Salonlinken das auslöffeln müssen, was sie angerichtet haben.



Durch ein Interview des Senders TV4 mit dem Verteidigungsexperten Henrik Häggström ist inzwischen bekannt geworden, dass eine ähnliche Menge an Explosionen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung außerhalb von Kriegsgebieten nur noch in Afghanistan vorkommt.

Als Reaktion auf die Zustände im Land sind die Umfragewerte für die rechtsgerichteten Schwedendemokraten auf Rekordhöhe gestiegen und Dänemark hat Grenzkontrollen zum Nachbarland eingeführt. Die Dänen wollen damit verhindern, dass Schweden sein Gewaltproblem in ihr Land exportiert.

Eine Mahnung für Deutschland

Wie eingangs erwähnt, hat der Autor im Jahr 2015 davor gewarnt, dass durch die Massenzuwanderung „schwedische Verhältnisse“ in Deutschland einkehren werden, was Sexualstraftaten durch Migranten betrifft. Er war dafür von den lokalen Medien als „Hetzer“ gebrandmarkt und übel durch den Dreck gezogen worden. Heute müssen diese Medien beinahe täglich über solche Delikte berichten.

„Die Zukunft ist schon da. Sie ist nur ungleich verteilt“

(William Gibson)

Wer wissen will, wie es bei uns später einmal aussehen wird, soll seinen Blick erneut in den hohen Norden lenken. Nach [Einschätzung der UN](#) wird Schweden durch seine unsägliche Linkspolitik bis 2030 ein Dritte-Welt-Land werden.

Deshalb soll nun ein weiteres Mal soll gewarnt werden: Wenn wir in Deutschland das Ruder nicht bald herumreißen, werden wir in nicht allzu fernen Zukunft ebenfalls in einem Land der Bomben und Sprengsätze leben und zu einem „Shithole-Country“ verkommen.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» [Twitter Account des Autors.](#)



Frankreich: Polizisten in Angst

Von CHEVROLET | Erst wollte es die Macron-Regierung ja nicht zugeben, musste dann aber doch mit der Wahrheit rausrücken: ein zum Islam konvertierter französischer Polizist war es, der neulich in Paris vier Polizeibeamte erstach.

Nun ist das ja schon fast normal geworden, dass sich so einige Moslems durch die Welt morden, dieser Fall erweist sich aber als besonders prekär für die Behörden. Mickael Harpon, so hieß der Mörder, war nämlich gar nicht aufgefallen innerhalb der Polizei, dass er sich zum islamischen Terrorismus bekannte. Und da liegt das Gefährliche. Wie stark ist der Sicherheitsapparat, der eigentlich vor solchen Gestalten schützen soll, bereits durchsetzt mit islamischen Terroristen?

Da haben zuerst einmal die höheren Dienstgrade ein Erklärungsproblem, wie es sein konnte, dass ein solcher hochgefährlicher Terrorist auf geheime Dateien und Daten Zugriff hat. Aber das Problem sitzt sogar noch tiefer. [Wie „Le Parisien“ berichtet](#), scheuen sich die meisten Polizeibeamten, beobachtete islamische Radikalisierung von Kollegen weiter nach oben zu melden, um sich nicht dem Vorwurf der Islamophobie auszusetzen.

Ein Sprecher der Polizeigewerkschaft erklärte, wenn die

Regierung schon gegen den islamischen Terror vorgehen wolle, müsse sie auch „Whistleblower“ unter rechtlichen Schutz stellen, wenn sie Informationen weitergäben.

So weit ist es also schon gekommen, aus Furcht als islamfeindlich bezeichnet zu werden, kann es in Frankreich leichter zu Anschlägen kommen!

Stellt sich die Frage, wie es eigentlich in Deutschland ist? Ziehen die Polizisten hier auch lieber den Kopf ein, um bloß nicht als islamophob, ausländerfeindlich oder als AfD-nah gesellschaftlich geächtet zu werden? Angesichts der Tatsache, dass die Polizei die kriminellen Araberclans mit Samthandschuhen angeht und sie weitgehend gewähren lässt, könnte man diesbezüglich sehr nachdenklich werden...